**Zeitschrift:** Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur

Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte

**Band:** 14 (1934-1935)

**Heft:** 12

Rubrik: Politische Rundschau

#### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

#### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

#### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 30.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

wehren, daß ähnlich wie in den Tagen der Gegenreformation heute wieder neu erwachendes Leben mit Machtmitteln erstickt wird. In allen politischen Fragen gibt es tiefe Unterströmungen, die leicht der Ausmerksamkeit entsgehen und doch von entscheidender Bedeutung sind.

Ich darf vielleicht so zusammenfassen, daß in der Nord-Süd-Linie die Bestrebungen dominieren, die den Völkern und jeder Geistesbewung ihr freies Recht zur Entfaltung geben möchten, während die Linie Ost-West die Gesahr in sich birgt, daß die Welt in den Bann lebenshemmender Gewalten gerät, wie sie der alte Imperialismus und der junge Kommunismus darstellen.

Bom Grenzproblem, das immer noch seine Bedeutung hat für die Beziehungen der deutschen zur nordischen Welt, möchte ich hier nur so viel sagen, daß es nicht unmittelbar aktuell erscheint, aber daß seine endgültige Lösung stark davon abhängig sein wird, ob diese beiden Welten in dem geisstigen Ringen unserer Zeit sich zueinander sinden werden oder nicht, was natürlich nicht gleichbedeutend damit sein kann, daß sie daßselbe Gesicht bestommen. Begreift man die tiese Solidarität, auf die nach unserer überzeugung diese beiden Welten angewiesen sind, dann wird die Grenzfrage, wie ich das in einem früheren Aussach andeutete, den Charakter einer gemeinsamen Ausgabe erhalten, die gelöst werden muß unter Berücksichtigung aller großpolitischen, wirtschaftlichen und kulturellen Interessen, die uns gemeinsam sind. Dann erst wird alle Bitterkeit, die sich aus einer langen Geschichte angesammelt hat, wirklich verschwinden können.

# Politische Kundschau

## Schwindende Neutralität.

Seit vor zwei Sahren in Deutschland ber Nationalsozialismus ans Ruber gekommen ift, macht sich in ber Schweiz eine fortschreitende Abkehr von Deutschland bemerkbar. Sie beruht einmal auf bem natürlichen Gegensatz einer alten und eingewurzelten Demofratie gegen jede Form der Diftatur, und sodann auf einer ausgesprochenen Ungst bor bem neuen Deutschland, bas sich souveran über Bertrage hinwegfest, wo fie ihm unbequem find. Außerungen großbeutscher Bubli= giften, die auch die deutsche Schweiz zum Dritten Reiche schlagen möchten, immer wiederkehrende Grenzverlegungen und übergriffe deutscher Organe auf schweizeris sches Gebiet, und Deutschlands seit langem bestehende geheime Aufruftung, die nun seit dem 16. März öffentlich erfolgt, sind nicht dazu angetan, die bemofratische Abneigung zu überbrücken oder den Schweizern das tiefe Mißtrauen gegen das Dritte Reich zu nehmen. Mehr noch als irgendwelche Unnexionsabsichten in Bezug auf die beutsche Schweiz befürchtet man einen Durchmarich beutscher Beere burch die Schweiz gegen Frankreich, nachdem dieses seine ganze übrige Oftfront modern befestigt und eine mahre dinesische Mauer gezogen hat, in der nur eine Bücke klafft an der Juragrenze gegen die Schweiz, sodaß für eine Aktion gegen Frankreich wohl nur dieses Loch zwischen Basel und Genf in Frage käme, wollte

man nicht die Röpfe einrennen an ben frangösischen ober belgischen Befestigungen. Bohl fagt der nüchterne Berftand, daß auch Deutschland ein eminentes Interesse hat an der Existenz einer neutralen Schweiz in jedem Konflikisfalle, aber die inftinktive Angst bes Bürgers läßt sich burch solche verstandesmäßige überlegungen nicht beruhigen. Die angeblichen Enthüllungen des anglo-ruffischen Rublizisten Polliakoff-Augur von beutschen Durchmarschplanen haben benn auch entsprechend eingeschlagen. Ein Beispiel bafür bietet ber Ende 1934 im Berlage Biktor Attinger in Neuenburg erschienene Roman von Billh-A. Prestre "Toscins dans la nuit", ber ben Kampf ber Schweiz gegen einen beutschen Aberfall schilbert, wie er nach der Meinung des Verfassers möglich oder wahrscheinlich wäre. Der Grund für ben strategischen überfall mit Fliegern und motorifierten Rolonnen liegt in biesem Roman bei einem Attentatsversuch auf den Führer, wobei die Faben bis zu der französischen und schweizerischen Gesandtschaft reichen. Noch in der gleichen Nacht bricht die Straferpedition aus, unterstütt durch Agenten in der Schweiz, bie vor allem die Berbindungen zerstören. Der Roman ist außerordentlich intereffant, vor allem auch beshalb, weil er zeigt, mit welchen Möglichkeiten Frankreich rechnet. Denn dem objektiven Leser wird es bald klar, daß der Roman nicht allein die Ideen des Berfassers wiedergibt, sondern daß das offenbar Gedanken sind, wie sie in französischen Militärkreisen gehegt werben. Der Roman soll ein Marmruf sein an die Schweizer, sich vorzusehen, die Nordgrenze zu befestigen und die Beughäuser zu bezentralisieren, um einem berartigen Unfturm gewachsen zu fein und seinem, im Roman mit frasseften Farben geschilderten Folgen zu entgeben. So betrachtet, wäre das Buch sicherlich positiv zu werten. Unser Bolk kann in ber Tat nicht genug aufgerüttelt werden, und auch der "langsamen Militärverwaltung" schadet gelegentlich eine berartige Beitsche nichts.

Was aber an diesem Roman unangenehm auffällt, ist seine tendenziöse Einsseitigkeit. Der Verfasser sieht nur die eine Gefahr: Deutschland, und fordert demsentsprechend auch nur Sicherheitsmaßnahmen gegenüber dem nördlichen Nachbarn. Er geht dabei soweit, die Befestigungen an der Westfront, die ja auch aus dem vorläufigen Sechs-Millionen-Rredit vorgenommen werden sollen, zu verurteilen. Roland Courval, der Held des Romans, sagt über diese Befestigungen im Westen auf Seite 26:

"C'était une erreur, mon colonel. De ces fortifications de l'Ouest, dirigées en apparence contre une impossible attaque française, il fallait faire en réalité une ligne d'arrêt contre l'invasion allemande, afin de pouvoir garder notre liaison avec notre future alliée d'Outre-Doubs."

Das ist zweisellos nicht nur die Meinung des Romanhelden, sondern auch des Versassers, gibt doch der Verlauf des Romans dieser Auffassung in jeder Hinsicht recht. Dieser Einstellung, daß unbedingt Frankreich unser künstiger Alliierter sein müsse, entspricht es denn auch, wenn der in Frankreich lebende neuenburgische Landwehr-Insanterie-Oberleutnant Prestre sich ausgerechnet von General Baratier, dem früheren Stadschef von Marschall Foch, ein Vorwort zu seinem Roman schreiben läßt, und auf Seite 12 aussührlich die Verdienste dieses Generals schilbert, während Baratier anderseits im "Temps" (1.2.35) den Roman Prestres lobend erwähnt in einem Artikel "La desense de la Suisse".

Es ist dies nicht das erste Mal, daß so unverhohlen von einer Allianz mit Frankreich die Rede ist. Bor mir liegt eine bald zweijährige Nummer des Dels-berger "Démocrate" (31.3.33), wo im Leitartikel die Rede ist von einem Konslikt zwischen dem demokratischen und dem fascistischen Staatenblock und von der Rolle der Schweiz in einem solchen Konslikt.

"En vertu de sa neutralité — pour ne pas parler de nos institutions démocratiques — elle (bie Schweiz — deviendrait l'allié de la France, ceci au moment ou toutes les autres portions de la frontière française sont fermés à l'invasion par des travaux formidables au nord et par la châine des Alpes au sud."

Ahnlich einseitig ist unsere Sozialbemokratie eingestellt, beren Bekehrung zur Landesverteidigung ja zur Hauptsache auf die Angst vor Deutschland zurückzustühren ist. So schrieb der heutige Kommunist Ernst Walter am 5. Januar 1934, als er noch Sekretär der Sozialdemokratischen Partei des Kantons Zürich war, im "Bolksrecht":

"Der werden die schweizerischen Arbeiter einem durch die Schweiz gegen Hitlerdeutschland marschierenden republikanischen, vielleicht sozialistischen Frankreich mit der Waffe in der Hand entgegentreten, und werden sie nach der offiziellen Lesart der schweizerischen Neutralitätspolitik Schulter an Schulter mit den deutschen Nazis das Frankreich, vielleicht der sozialistischen Resvolution bekriegen? Nie und nimmer! Das Gegenteil wäre unvermeidlich".

Die brei angeführten Beispiele zeigen uns, daß in gewissen Boltstreisen bie Abneigung gegen Deutschland und die Angst vor dem Nationalsozialismus geradezu zu einer Anlehnung an Frankreich geführt haben, das als unser natürlicher Berbundeter betrachtet wird. Das geht so weit, daß die angeführte sozialbemotratische Stimme die Abwehr einer frangosischen Neutralitätsverletzung ablehnt. Wenn wir auch glücklicherweise keinen Anlaß haben, am Neutralitätswillen der Bundesbehörden zu zweifeln, so ersehen wir daraus doch, daß im Bolke der Neutralitätswille im Schwinden begriffen ift. Gemisse Rreise unseres Boltes haben schon so eindeutig und scharf Stellung genommen im boraussichtlichen Konflikt zwischen "bemofratischem" und "fascistischem" Staatenblod, daß es diesen Kreisen außerordentlich ichwer fallen mußte, wenn uns im tonkreten Kalle die Ereignisse auf die andere Seite treiben wurden. Es ist flar, daß uns eine folche voreingenommene Stellungnahme von Bolksteilen einmal außerordentliche Schwierigkeiten bereiten mußte. Aber schon heute ift dieser schwindende Reutralitätswille außerorbentlich gefährlich in feiner Wirkung auf bas Ausland. Auf ber einen Seite könnte man diese vorzeitige Parteinahme, die sicherlich am zuständigen Ort nicht unbeachtet geblieben ift, geradezu zum Unlag einer Neutralitätsverletung nehmen ober jum mindesten später eine folde bamit entschuldigen, bag bie Saltung ber Schweiz ja nicht mehr neutral gewesen sei. Es wird bann umso schwerer wiegen, daß nicht allein Preffestimmen angeführt werben können, sondern auch Stimmen aus Offizierstreisen (Preftre). Aber auch auf ber anderen Seite wird man sich so sehr an den Gedanken einer Bundesgenossenschaft mit der Schweiz gewöhnen, daß man vielleicht im Konfliktsfalle nicht abwartet, bis wir durch gegnerische Neutralitätsverletung auf diese Seite getrieben werben. Da man uns als natürlichen Bundesgenoffen betrachtet und auch die Einstellung großer Bevölkerungsfreise fennt, wird man uns dann vielleicht "helfen" wollen, bevor dies durch die Ereignisse nötig geworden ift. Es ift also fehr gefährlich, wenn sich unsere öffentliche Meinung allzusehr nur auf ben einen möglichen Fall einstellt und babei gang außer Acht läßt, daß auch andere Fälle eintreten könnten. Hält man sich aber vor Augen, daß unter Umständen auch das republikanische Frankreich es sein könnte, das zuerst unsere Neutralität verlett, weil es, um dem Gegner seinen Willen aufzuzwingen und den Krieg gleich in Feindesland zu tragen, durch die Schweiz hindurch nach Suddeutschland vorstoßen will, so erkennt man, daß nur die absolute Neutralität unsere Maxime sein kann. Das gilt aber nicht nur für die Bundesbehörde, sondern auch für den Neutralitätswillen der Bevölkerung, ohne den letten Endes Neutralitätsmaßnahmen der Bundesregierung wirkungslos bleiben müßten. Statt daß man jest ichon ein Nachbarland als Berbundeten betrachtet, muß in jedem Schweizer die Überzeugung herrschen: der wird unser Feind, der

unsere Neutralität verletzt und unsere Unabhängigkeit nicht achtet, mögen er und sein Regierungsspstem uns nun sympathisch sein oder nicht. Das muß auch im Ausland bekannt sein. Es sollte nicht vorkommen, daß unverantwortliche Zeistungsstimmen und Romane, wie die oben angeführten, im Auslande Zweisel erswecken an unserem absoluten Neutralitätswillen.

Dabei wollen wir freilich nicht verkennen, daß solche Außerungen nicht von ungefähr entstanden und nur auß schweizerischem Erdreich entsprungen sind. Prestre gibt ja in seinem Borwort selbst zu, daß er über die in seinem Roman behandelten Fragen auch mit bekannten höheren französischen Offizieren gesprochen habe. Wir wissen auch sonst, wie geschickt es von französischer Seite immer wieder verstanden wird, Hiller als den gemeinsamen Gegner von Frankreich und der Schweiz darzusselsen, und wie man verschiedentlich versucht hat, uns gute Ratschläge zu geben hinsichtlich der Fortsührung des französischen Grenzbesestigungsgürtels auf schweizerischem Gediet, wobei man westlich des Jura offendar glaubt, gegenüber der Schweiz die gleiche Stellung einnehmen zu können wie gegenüber Belgien. Bundeszrat Minger hat letzten Herbit auf derartige "wohlgemeinte" Ratschläge die richtige Antwort erteilt! Es wäre gut, wenn man sich in der Schweiz mehr bewußt wäre, daß Frankreich gegenwärtig alle Anstrengungen macht, uns aus unserer Neutraliztät herauszudrängen und uns einzugliedern in die große antideutsche Front, der nun ja auch der Völkerbund dienstdar gemacht werden soll.

\* \*

Wie sehr wir übrigens trop der berühmten Londoner Deflaration von 1920 unfere Neutralität eingebüßt haben durch unfere Mitgliedschaft im Bolferbund, beweist uns ein aktueller Fall aus den letten Tagen, der zwar in der Offentlichkeit taum beachtet wurde angesichts der Unruhe, die Deutschlands Proklamation ber allgemeinen Behrpflicht in Europa hervorgerufen hat. Bekanntlich entbindet uns die Londoner Deklaration nur von der Teilnahme an militärischen Aktionen bes Bölkerbundes, mährend wir zur Teilnahme an wirtschaftlichen Kriegsmaßnahmen verpflichtet sind wie jedes andere Bolferbundsmitglied. Run hatten lettes Sahr die meiften Mitgliedstaaten auf Empfehlung des Bolterbundes bie Ausfuhr von Waffen und Rriegsmaterial nach ben beiben wegen des Gran Chaco Boreal im Rriege sich befindlichen Staaten Bolivien und Paraguah untersagt. Empfehlungen, die ber Bolferbund ben beiben friegführenden Staaten guftellte, wurden von Bolivien bereitwilligst angenommen, nachdem seine Stellung sehr ungünstig ge= worden war, während das nun erfolgreiche Paraguan diese Empfehlungen ablehnte. Dadurch wurde der Bölferbund aus seiner bisherigen Unparteilichkeit in diesem Konflikt herausgedrängt und nahm einseitig Stellung gegen Paraguay, indem er feinen Mitgliedstaaten empfahl, das Waffenembargo gegenüber Bolivien aufzubeben, gegenüber Paraguan aber weiterhin fortbestehen gu laffen. Als getreues Mitglied des Bölkerbundes ift auch die Schweiz biefen Empfehlungen nachgekommen, sodaß also heute aus der Schweiz weder Baffen noch Munition nach Paraguah geliefert werden burfen, wohl aber nach Bolivien. Damit hat aber auch die Schweiz eindeutig Bartei ergriffen in diesem Konflikt zwischen zwei anderen Staaten. Wir glauben nicht, daß das mit unserer Reutralität noch vereinbar ist, verlangt diese doch, daß wir uns jeder Parteinahme und Begünstigung im Konfliktsfalle zwischen anderen Staaten enthalten. Nun wird aber das Abrücken von unserer Neutralität im fonkreten Falle feine großen Folgen haben, ift boch ber Gran Chaco ordentlich weit von unseren Grenzen entfernt. Wie aber, wenn uns unfere Mitgliedschaft im Bölkerbund zu einer ähnlichen Parteinahme verpflichtet in einem Ronflitt zwischen Nachbarstaaten ber Schweiz? Dann könnte uns eine solche Aufgabe der Neutralität gar leicht in einen Krieg führen, hat dann doch auch ber betroffene Nachbarstaat keinen Grund mehr, unsere Neutralität zu achten, die wir felber preisgegeben.

Das Beispiel des Chacofrieges beweist uns mit aller nur wünschbaren Deutlichkeit, wie gefährlich unsere sogenannte differenzierte Neutralität ist. Eine differenzierte Neutralität ist überhaupt nicht mehr Neutralität. Man kann nicht militärisch neutral sein und wirtschaftlich Partei nehmen. Es gibt nur eine absolute Neutralität oder gar keine. Und so müssen wir auch all den Bölkerbundsfreunden recht geben, die immer betont haben, daß Neutralität und Mitgliedschaft im Bölkerbund sich gegenseitig ausschließen. Nur sind wir für eine andere Ziehung der Konsequenzen aus dieser Erkenntnis, weil nur die absolute und unbedingte Neutralität uns Aussicht gibt, auch in einem kommenden Konsslikt bestehen zu können als unabhängiger Staat. Es ist daher erfreulich, daß jüngst der Bolksbund sür die Unabhängigkeit der Schweiz an seiner Jahresversammlung vom 16. März seinen Borort beauftragt hat, alle Schritte zu unternehmen, um eine Kückkehr der Schweiz zur vollen Keutralität zu ermöglichen.

Marau, 24. März 1935.

Gottfried Zeugin.

### Zur politischen Lage.

### Berliner Gespräche mit hindernissen. / Das abestynische Abenteuer.

Auf die Kömer Gespräche der Franzosen und Italiener sind die Londoner Gespräche der Franzosen und Engländer gefolgt, und ihnen sollen sich nun die Bersliner Gespräche der Engländer und Deutschen anschließen. Sie werden wohl schon beendet sein, wenn diese Zeilen erscheinen können. Sie haben aber bereits jetzt ihre Geschichte, bevor sie nur zu Stande gekommen sind. Und es ist wohl möglich, daß die Vorgeschichte interessanter ist als der eigentliche Gesprächsinhalt.

Hreis in Europa Ruhe und Frieden zu wahren, und aus dem Bestreben, zu diesem Bwecke die Deutschen unbedingt in das von neuem über ganz Europa auszubreitende Net von Verträgen einzuschließen. Da gegenwärtig von den deutschen Küstungen die politische Unruhe in Europa ausgeht, sehen die Engländer in der Bindung der Deutschen die einzige Möglichkeit, durch die Beruhigung Europas sich die Hände sünde für die eigene Weltpolitik freizumachen. Diesem Bestreben der Engländer kommt der Wunsch des Deutschen Keiches entgegen, wenigstens mit einer der europäischen Großmächte geregelte Beziehungen zu unterhalten und dadurch den Ring der Gegner wenigstens etwas zu lockern. So werden denn die englischsdeutschen Gesspräche trot aller Hindernisse doch zu Stande kommen.

Aber diese Hindernisse! Das Dritte Reich hat bei dieser Gelegenheit gezeigt, daß es in den internationalen diplomatischen Beziehungen recht kiplich ist. Das hat man zunächst in London erfahren. Man glaubte dort, den Deutschen im Hindlick auf den kommenden Staatsbesuch schon etwas zumuten zu dürsen. So hat man denn das berühmte Beißbuch veröffentlicht, das Deutschland dasür verantwortlich machte, daß England nun eben auch aufrüsten müßte. Das ist vom englischen Standpunkt aus gesehen gar nicht so unrichtig; hätten sich die Deutschen weiterhin geduckt, dis ihnen von den Großmächten einmal ein paar Tanks usw. bewilligt worden wären, so hätte natürlich das Bettrüsten nicht so allgemein eingesett. Aber objektiv und vor allem von Deutschland aus besehen, ist diese Ansicht des englischen Beißbuches eben durchaus nicht richtig. Man will sich in Berlin nicht mehr mit einer Aschendselrolle zufrieden geben und lehnt jede solche Zumutung schroff ab. Das mußten auch die Engländer erfahren. Hitler wurde heiser, und der englische Außenminister mußte seinen Berliner Besuch ausschen. Wie sehr

aber die Engländer trot allem daran festhalten, sich mit Deutschland irgendwie zu einigen, das zeigte sich gerade bei dieser Gelegenheit: Sir Simon geht trotdem nach Berlin! Wer hätte das noch zu den Zeiten Brünings gedacht, daß englische Staatsmänner Deutschland gegenüber so versahren müßten?

Nun kommt aber der zweite Zwischenfall! Er ging von der Seite aus, die Deutschland gegenüber überhaupt nichts von Verhandlungen wissen will, von der französischen Seite, die unentwegt Anhänger des Zwanges ist. In Frankreich versläßt man sich auf die eigene sorgfältig gepflegte Wehr, auf die Armee der Buns desgenossen in West und Ost und geht darüber hinaus mit aller Energie auf die völlige politische Einkreisung Deutschlands aus. Im Vertrauen auf diese Taktik und aus Mißtrauen gegenüber jedem Entgegenkommen an Deutschland lehnte Franksreich es immer wieder ab, den Deutschen die tatsächliche Gleichberechtigung zu gewähren. In dieser Richtung ist die französische Politik durchaus solgerichtig und darin sind sich alle französischen Parteien einig. Auf diese Einigkeit gestützt konnte es deshalb auch Flandin unternehmen, mitten in den Verhandlungen mit Deutschland, die starke Erhöhung der französischen Küstungen in den Kammern durchzusehen und zugleich diese Küstungsmaßnahme in schärfter Weise mit den beutschen Küstungen zu begründen.

Auch darauf blieb jedoch die deutsche Antwort nicht aus, und sie ersolgte hier noch weit rascher und wuchtiger als gegenüber England: Es kam zur Proklasmierung der deutschen Küstungsfreiheit und zur Zerreißung der betreffenden Bestimmungen des Versailler Vertrages. Frankreich ist darob beinahe aus dem Häusschen geraten und hat mit scharsen diplomatischen Schritten und der sosortigen Anstündigung neuer Küstungen geantwortet. England aber hat noch einmal einen Beweis dasur geliefert, daß es ihm ernst ist mit einer Einigung mit Deutschland. In diesem Augenblick will es schon etwas heißen, daß der englische Ministerbesuch in Berlin trot aller dieser Hindernisse durchgeführt wird. Diese Haltung steht in einem merkwürdigen Widerspruch zu der ganzen schwankenden englischen Politik, die immer wieder Frankreich den Kücken gestärkt hat und so an der heutigen einisgermaßen versahrenen Lage eine wesentliche Mitschuld trägt!

Es ist nun einigermaßen schleierhaft, was in Berlin erreicht werden soll. Leicht wird eine Einigung auf keinen Fall sein, vor allem, da die englischen Minister bereits erklärt haben, daß die heutige deutsche Rüstung zu hoch sei. Bas können benn die Engländer bieten, um damit zur Unterzeichnung der in Berlin sicher nicht beliebten verschiedenen Pakte zu veranlassen? Das muß herr Simon ja wissen, und so wünschen wir ihm auf jeden Fall eine erfolgreiche Reise!

Denn wenn die französische Taktik durchschlägt, dann können wir uns von der nahen Zukunft nichts Gutes versprechen. Bor allem erscheint es uns sehr zweisels haft, welches Ergebnis der französische Schritt beim Bölkerbund haben soll? Es ist ja möglich, daß nun Frankreich die Früchte seiner mit der Aufnahme Rußlands in den Bölkerbund befolgten Politik ernten will. Dann müßte es aber den Bölkerbund zu irgend welchen Zwangsmaßnahmen gegenüber Deutschland bringen. Bas aber würden dazu die neutralen Mitglieder des Bölkerbundes sagen, die so in eine sehr schwierige Lage gebracht würden, die ihnen nur Schaden, aber sicher keinen Ruhen bringen könnte? Bas würde vor allem die Schweiz dazu sagen? Die Antswort ist recht schwer zu geben und sie würde unserem Lande sicher nicht leicht fallen. Bir hätten aber bei dieser Gelegenheit nun den Anlaß, uns genau darüber Rechensschaft zu geben, was uns der Beitritt zum Bölkerbund und der Berzicht auf die wirtschaftliche Reutralität noch alles kosten kann, wenn wir nicht rechtzeitig unsern Rückzug auf die allseitige und völlige Reutralität antreten können.

Wir wollen also hoffen, daß die französische Anrufung des Bölkerbundes gegenüber Deutschland harmlos ausgehen werde. Wir möchten aber doch noch eins mal die Tatsache unterstreichen, daß wir heute in Europa gerüstete Lager einander

gegenüberstehen haben. Wie wenig ist ba noch nötig bis zu einer Entladung! Jedermann möge sich barnach richten, auch bie Schweiz!

Vielleicht ist es unter diesen Umständen Mussolini bei seinem abessphnischen Abenteuer doch nicht mehr so ganz wohl. Denn ein Abenteuer, wie das noch jeder Kolonialseldzug dargestellt hat, wird die Berwicklung in Ostafrika für Italien werden. Das haben die Franzosen vor wenigen Jahren in Marokko und Shrien, die Italiener in Tripolis und Abessphnien, die Engländer im Burenkrieg sestellen können. Und die gleiche Erfahrung wird den Italienern auch jetzt nicht ersspart bleiben. Im besten Falle werden viele Kräfte an Menschen, Material und Geld auf längere Zeit hinaus sestgelegt. Im schlimmeren Falle, wie er sich schon bei dem auffallenden japanischen Interesse für Abessphnien ankündigt, wird daraus

eine richtige Rraftprobe für ben Saschismus werben. Was aber wird unterdessen aus den europäischen Interessen Italiens, was aus den Träumen des römischen Imperiums, bas auf ben Stragen über bie Alpen nordwärts ziehen soll wie Drusus? Erklärt sich baraus die plögliche beflissene Freundschaft mit Südslawien, das man noch erst in allen Tönen beschimpft hat? Man muß bas fast annehmen. Man wird babei allerdings in Rom gut tun, sich an ben frühern Bertrag von Nettuno zu erinnern, mit dem Muffolini schon einmal bie Freundschaft mit Substawien so feierlich besiegelt hat und ber nachher so spurlos unter ben Tisch gefallen ift. Die guten neuen Freunde jenseits ber Abria würden jedenfalls nie abgeneigt sein zu einem Spaziergang nach Bara, nach Fiume, nach Triest und nach Gorg. In einem solchen Augenblick wird bann auch bas Drusuftandbild auf dem Waltherplat in Bozen nichts helfen! Das weiß natürlich Muffolini genau, und er ist natürlich fehr übel gelaunt darüber, daß Deutschland gerade in diesem Augenblick in Europa solche Unruhe veranstaltet. Man merkt bas ber italienischen Presse an, und man mertt es ben italienischen biplomatischen Schritten an. Aber Abenteuer bleibt eben Abenteuer und zieht feine Rifiken mit fich.

Das wird man auch in den Genfer Bureaus des Völkerbundes denken und täglich Gott darum bitten, daß er dem Völkerbund die Prüfung einer Verhandlung über den italienisch-abesschnischen Streit ersparen möge. Ostafrika ist doch etwas näher als die Mandschurei. Wenn hier noch einmal offenkundig wird, daß der Völkerbund im Streite eines Starken und eines Schwachen totsicher versagt und eben den Starken gewähren lassen muß, wer wird dann diesem Völkerbund noch irgend welchen moralischen Kredit geben? Das befürchtet man in Genf, und das befürchtet man auch in London. Fraglich ist nur noch, ob diese Befürchtungen etwas helsen werden und ob nicht auch der Völkerbund eben trop allem sein abesschnisches Abenteuer erleben wird?

Marau, ben 22. März 1935.

hettor Ummann.

## Bericht aus Elsaß=Lothringen.

Die Abstimmung im Saargebiet hat im benachbarten Elsaß-Lothringen natürlicherweise einen tiesen und nachhaltigen Eindruck hinterlassen. Hier wirkten sich die Folgen der Rückgliederung des Saarbeckens in den deutschen Zollbereich sofort und nachdrücklich aus. In der Nähe hatte die Stimmenverteilung deutlicher als sonstwo den krassen Unterschied zwischen einer hohlen Propaganda und der Wirklichkeit hervorgehoben.

Se näher der 13. Januar herangerudt war, umfo lauter hatte die Regierungspresse im Lande auf den Erfolg der Status quo-Anhänger gesett. Der Straßburger Staatssender gar hatte sich Max Braun an's Mikrophon geholt und übershaupt in einer nicht mehr zu überbietenden Beise für den Bluff dieses Mannes Partei ergriffen. Im Elsaß mußte man sich, auch wenn man an dieser Funkerei und Flunkerei ganz unschuldig war, blamiert fühlen bei der Borstellung, daß unseingeweihte Hörer des Auslands darin den Ausdruck der bodenständigen Meinung vermuten konnten.

Als dann am 15. Januar der Sput mit einem Schlag verflogen war, gesschahen die erstaunlichsten Purzelbäume. Die Leute, welche vor der Abstimmung die schwerste Niederlage des "Hillertums" am selbstsichersten in die Welt posaunt hatten, erklärten nach der Abstimmung seelenruhig, daß sie dieses "an sich ganz selbstverständliche Ergebnis" eigentlich von jeher voraußgesetzt hatten. Dieselben "Ostmarken" und Elsaß-Spezialisten, welche seit Jahren die Pariser Stellen durch ihre schiesen Berichte in das unsinnige Saarabenteuer hineinmanövriert hatten, betonten nun, daß insbesondere das Ansehen Frankreichs in der Affäre nicht im gerinsten versehrt worden sei, habe doch Frankreich an dem Kampf überhaupt nicht teilgenommen. Man könne doch feine Schlacht verlieren, in der man nicht "dabei gewesen" sei. Es genügt, diese Erscheinungen anzusühren. Jeder auch nur halbwegs unterrichtete Leser kann sich da sein Urteil selber bilben.

Bären nun lediglich diesen verdutten Lohgerbern die Felle davongeschwommen, hätte sich die Allgemeinheit leicht mit dem Berluft abfinden können. Aber, als bald nach der Abstimmung eintrat, was sachliche Beurteiler seit langem angekündigt hatten, die wirtschaftliche Abriegelung des Saarbeckens nämlich von seinem elsaß-lothringischen hinterland, zeigte es fich, daß die verantwortlichen Stellen auf die neue Lage überhaupt nicht vorbereitet waren. Ungeachtet der Borstellungen der Kammerkommission für Elsaß-Lothringen hatte die Regierung in Paris immer auf die Zeit nach der Abstimmung vertröstet. Erst gegen Ende des Monats Januar kam eine Besprechung der elsaß-lothringischen Barlamentarier mit bem Ministerpräfidenten Klandin zustande, und hier schon offenbarte sich das Krebsübel: während im Namen der Landwirtschaft die Sicherung der bisherigen Ausfuhr in das Saargebiet auch für die Zukunft durch Errichtung einer Freizone ober Bereinbarung weitgehender Kontingente mit der deutschen Regierung geforbert wurde, sprachen sich die Vertreter bestimmter Industriezweige für die Schließung ber Grenzen aus. Die Regierung selbst lehnte grundsätlich den Gedanken einer Freizone ab. Es stand bereits fest, daß die elsaß-lothringische Landwirtschaft ben Interessen der Schwerindustrie geopfert werden sollte. Das Comité des Forges hätte umso leichter triumphieren können, als von elsaß-lothringischer Seite aus die verschiedensten Interessengruppen und egrüppchen ihre Sonderbelange ohne einheitliche Ordnung, ja vielfach gegeneinander vertraten. Nur eine feste Selbstverwaltungsinstanz wäre imstande gewesen, ein geschlossenes Programm aufzustellen und schließlich auch durchzuseten. Ihr Fehlen hat sich schmerzlich fühlbar gemacht, ging und geht es doch um Forderungen, die für manche Zweige der elsaß-lothringischen Wirtschaft geradezu lebenswichtig sind.

Die am schwersten Getroffenen, die Bauern aus dem nördlichen Elsaß und Lothringen, nahmen allerdings diese Entwicklung nicht ohne weiteres hin. Die bislang sehr zahme, offizielle Rahmenorganisation der Landwirtschaft, die "Fédération agricole d'Alsace et de Lorraine", sah sich gezwungen, einen Bauerntag in Straßburg zu halten, der zu einer spontanen und mächtigen Kundgebung der Solidarität zwischen Elsässern und Lothringern wurde. Die in unerwarteter Zahl, man schätze bis zu 10,000 Besuchern, aus den entferntesten Teilen des Landes zusammengeströmte Bauenschaft machte ihrer Erbitterung in einer Weise Luft, die den regierungsfrommen Einberusern sehr ungelegen kam. Entgegen ihrer urssprünglichen Absicht konnten sie den Vertretern des "Elsaß-lothringischen Bauerns bundes", der in scharfer Gegnerschaft zu der Fédération agricole in der letzten Zeit

hochgekommen ist, das Wort nicht verwehren. Uhnliche Kundgebungen fanden auch in kleineren Städten statt, wobei die Welschlothringer vielleicht noch heftiger aufstraten als die Deutschlothringer und Elsässer. In Met selbst wurde der lothringische Senator Guy de Wendel als Vertreter der Schwerindustrie in einer Bauernverssammlung ausgepfissen. Die heimatrechtlerischen Christlich-Sozialen, welche eine außerordentliche Session des lothringischen Generalrates zur Beratung über die schlimmen Folgen der Saarrückgliederung erzwungen hatten, stießen auf das schärsste mit demselben de Wendel, der dieser Bezirksvertretung vorsitzt, zusammen.

Unterbessen wurde das Hereinbrechen der Arise durch Berhandlungen zwischen beutschen und französischen Wirtschaftsverbänden wenigstens hinausgeschoben. Nachsem elsaß-lothringische Bertreter zu den früher schon eingeleiteten Berhandlungen überhaupt nicht zugezogen worden waren, wirkte sich der zornige Widerstand der Bauernschaft doch insoweit aus, daß vorläusig auf die Dauer von 4 Monaten die Ausfuhr Elsaß-Lothringens nach dem Saargebiet in Höhe etwa der Hälfte des bisherigen Kontingentes gesichert blieb.

Der Pariser Handelsminister allerdings zeigte sich sehr ungehalten und warf den elsaß-lothringischen Parlamentariern vor, daß der Protest die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen nur gestört habe. Die elsaß-lothringischen Bauern hätten sich rechtzeitig umstellen sollen, da doch der Ausfall des Saarmarktes seit langem vorauszusehen gewesen wäre, meinte er — nach Tisch. Bon dieser Seite aus entbehrt eine solche Bemerkung nicht der Würze. Der Minister vergaß allerdings hinzuzusügen, wo die disherigen Bersorger des Saargebiets in der Zukunst ihre Erzeugnisse absehen sollen. Das Umstellen allein genügt nicht, man muß auch wissen, wohin man sich umzustellen hat.

Durch diese ganzen Ereignisse aber wurde bestätigt, daß die Folgen der salschen Saarpolitik zu einer Beweissührung wurden, vor der sich die Pariser Zentrale unbedingt hätte bewahren müssen. Wenn die Abschnürung von dem jenseits der französischen Staatsgrenzen gesegenen Saarbecken noch fünfzehn Jahre nach Versailles schwere wirtschaftliche Erschütterungen nach sich zieht, steht fest, daß die wirtschaftliche Umorientierung ElsaßeLothringens, das heißt, auch die wirtschaftsliche Assimilierung des früheren Reichslandes an den Pariser Einheitsstaat noch nicht vollzogen ist.

Von den moralischen Auswirkungen des unglückseligen Saar-Cyperiments wollen wir schweigen. Im Monat Februar veröffentlichte zweisellos unter dem Eindruck des Saarplebiszites die Pariser Zeitung "Le petit Bleu" einen Aussatz unter dem Titel "Wann Volksabstimmung in Elsaß-Lothringen?" in dem es unter anderem heißt:

"... In Straßburg, in Mülhausen und Met wohnt man einer ersschreckenden Zunahme der deutschen Propaganda bei ... Die Propaganda Deutschlands hat ein Ziel. Dieses Ziel ist kein anderes als die Vorbereitung der Volksabstimmung. Geben wir uns keinen Illusionen hin! Am Tage, an dem einige irregeleitete oder verführte Elsässer in Genf eine Abstimmung sur das Elsaß verlangen würden, wird der Völkerbund diesen Antrag schwerlich ablehnen können. Nun ist der Ausgang der Volksbefragung nicht zweiselhaft. Sie ergäbe sicher keine Mehrheit für Deutschland, aber für die Selbständigskeit ..."

Wir wollen auch über die wahre Stimmung der elsaß-lothringischen Bevölkerung keinerlei Betrachtungen anstellen. Alle Beteiligten dürften darüber ungefähr im Bilde sein. Aber nicht eine angeblich in letzter Zeit verstärkte "deutsche Propaganda" arbeitet gegen Frankreich, sondern dieselben Leute beraten allzuoft die Regierung in Paris, welche schon die Saarfrage "gemeistert" haben. Wenn man das weiß, wundert man sich über manches nicht mehr. An dieser Feststellung kann kein Ablenkungsversuch einen Deut ändern. Dersartige Bersuche blieben natürlich nicht aus, und zwar gingen sie nicht nur vom Inlande, sondern (ein Beweis übrigens, daß ihre Urheber sich in mißlicher Lage fühlten) auch vom neutralen Ausland aus. Es sei uns in diesem Zusammenhang gestattet, auf eine Straßburger Korrespondenz der "Basler Nachrichten" hinzusweisen, in der behauptet wird, die

"... an sich wichtige Mission (als Brücke zwischen Frankreich und Deutschland zu dienen), die dem Land zwischen Rhein und Bogesen zur Ehre gereichen müßte, ist durch die politische Agitation der Kommunisten und Autonomisten, die seit dem Saarplebiszit sich geschäftig zur Diskussion melden, einigermaßen kompromittiert worden ..."

Sanz beutlich gar ist der Leitartikel der "National-Zeitung" vom 14. Februar, wo unter dem Titel "Clsässische Plediszitwünsche" ein "Alsaticus" sich über den angeblichen Plan der im Bunde mit "gewissen aktiven Gruppen im Oritten Reich" stehenden Autonomisten ausläßt, nach der Saar-Abstimmung Frankreich in Clsaß-Lothringen "eine wirkliche Niederlage zu bereiten" und vorsichtig den Wieder-anschluß des Landes an das Reich vorzubereiten. Der "Alsaticus" ist leider "cachiert" geblieben, um in seiner Sprache zu reden. Seine Berdächtigungen sind natürlich mit Wonne als "neutrale Stimme" in der ganzen Regierungspresse Clsaß-Lothringens abgedruckt und entsprechend kommentiert worden.

Es ist bedauerlich, daß diese Methoden weiter angewandt werden. Denn viel Gutes wird nicht dabei herauskommen. Auch für die Regierung in Paris nicht. Aus dem Saarezperiment hätte man doch einige Lehren ziehen können.

S. Bidler.

## Mehrpolitische Rundschau

## Zur militärpolitischen Lage an unserer Ost- und Südostgrenze.

Die Februar- und Juliunruhen letten Jahres in Ofterreich haben uns schlagartig gezeigt, daß sich in der militärpolitischen Lage an unserer Ost= und Südost= grenze in den letzten Jahren verschiedenes geändert hat. Bei beiden Gelegenheiten waren beträchtliche italienische Truppenmassen bereit, in Osterreich einzumarschieren und dort sowohl Ordnung zu schaffen, als auch die Grenze gegen das deutsche Reich zu schützen gegen die übertritte öfterreichischer Legionare ober gar reichsbeutscher Freischaren. Besonders Ende Juli hing der Ginmarsch italienischer Divisionen an einem Haar. Italienische Offiziere, die im Südtirol noch Filme kauften, erklärten zuversichtlich lachend, die Filme wurden dann in Innsbruck entwickelt! Es ist in diesen Heften denn auch schon bei früherer Gelegenheit 1) darauf hingewiesen worden, wie sehr sich damals Italien bemühte, von Österreich zu Hilse gerufen zu werden, und wie das Erscheinen italienischer Truppen am Bodensee nur dadurch verhindert wurde, daß Deutschland seine Grenze gegen Österreich absolut sperrte und so jeden übertritt bewaffneter Formationen verhinderte, die Italien ben willkommenen Anlaß zum Einmarsch gegeben hätte. Wenn dadurch auch für einmal die drohende Gefahr behoben werden konnte, so kann sie ähnlich doch jederzeit wieder auftreten. Wir haben heute unbedingt mit der Tatsache zu rechnen, daß Ofterreich zur politischen, kulturellen, wirtschaftlichen und vor allem auch

<sup>1)</sup> Heft 6, Sept. 1934, S. 295.